



Antrag Nr. VI-A-04522

Status: **öffentlich**

Eingereicht von
Migrantenbeirat

Betreff:
Öffentlichkeitsarbeit für die Fachbeiräte der Stadt Leipzig

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten): Gremium	voraussichtlicher Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ratsversammlung	23.08.2017	Verweisung in die Gremien

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, aufbauend auf der 2015 erfolgten Bilanz der Beiräte der Stadt Leipzig, über die Potentiale und Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit der Beiräte zu berichten.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Dezember 2017 ein umfassendes Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit der Fachbeiräte der Stadt Leipzig zu entwickeln. Das Konzept sollte explizit die Erschließung und zeitgemäße Nutzung von diversen Kanälen der Öffentlichkeitsarbeit beinhalten. Es sollen finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, so dass auch externe Agenturen hinzugezogen werden können. Für die Erarbeitung des Konzeptes sollen die Beiräte gemeinsam mit dem Referat Kommunikation und einer externen Agentur eine Arbeitsgruppe bilden.

Begründung:

Die Fachbeiräte leisten auf kommunaler Ebene eine wertvolle Arbeit und ermöglichen die so oft erwünschte Bürgerbeteiligung. Durch ihre direkten Verbindungen zu den jeweiligen Teilen der städtischen Gesellschaft unterstützen und beraten sie den Stadtrat und die Stadtverwaltung bei kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Sie arbeiten ehrenamtlich und unter sehr geringen finanziellen und erschwerten personellen Rahmenbedingungen.

Die Erfahrungen zeigen: sehr oft fehlt den Fachbeiräten auf der einen Seite die Verbindung zu der jeweiligen „Basis“ und auf der anderen Seite auch zu dem Rest der Gesellschaft. Die Erfahrungen bestätigen, dass die Fachbeiräte in der Stadtgesellschaft wenig bekannt sind.

Gemäß § 21 der Hauptsatzung der Stadt Leipzig sind sonstige Beiräte (nach § 47 SächsGemO) unterstützend für den Stadtrat und den Oberbürgermeister bei der Erfüllung ihrer Aufgaben tätig. Die Beiräte regeln ihre Aufgaben, Zusammensetzung und Verfahren in Geschäftsordnungen, welche dem Stadtrat zur Kenntnis vorzulegen sind. In diesem Sinne sollten die Beiräte technisch in die Lage versetzt werden, nach modernen Gesichtspunkten

kommunizieren zu können und für die durch sie zu bearbeitenden Belange Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können.

Auch der Migrantenbeirat steht vor besonderen Herausforderungen, da die zu vertretende Zielgruppe oft eine andere politische Sozialisation durchlaufen hat und sie aufgrund von häufig eingeschränkten Möglichkeiten der politischen Teilhabe (z. B. Wahlrecht) oft praktische Erfahrungswerte und entsprechende Kenntnisse erst sammeln bzw. sich aneignen muss. Dabei handelt es sich um einen nicht unwesentlichen Teil der Leipziger Bevölkerung (Stand Ende 2016: 77.559 bzw. 13,4%), welche für die Prozesse der politischen Teilhabe sensibilisiert und aktiviert werden sollen. Die letzte Migrantenbefragung zeigte, dass sehr wenige Menschen den Migrantenbeirat kennen und über dessen Arbeit informiert sind. Die Mehrheit der befragten Migrantinnen wünschte sich die Bekanntmachung des Migrantenbeirates.

Die Stadt Leipzig muss auf kommunalpolitischer Ebene unabdingbares ehrenamtliches Engagement durch entsprechende Rahmenbedingungen stützen, so dass sich ihre Wirkung weiter entfalten kann. Dazu bedarf es auch einer guten Vernetzung und zeitgemäßer Kommunikationsstrukturen. Die Veröffentlichung von Informationen auf der städtischen Internetseite oder dem Amtsblatt sind hierfür nicht ausreichend.

Aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit der Fachbeiräte der Stadt Leipzig zu erarbeiten und umzusetzen, mit dem konkreten Ziel, diese Gremien in der Bevölkerung bekannt zu machen, die Sichtweisen der Stadtgesellschaft in die entsprechende Arbeit einfließen zu lassen und deren Ergebnisse bekannt zu machen. Dadurch kann zum einen eine stärkere Vernetzung sowie Kommunikation mit der Stadtgesellschaft stattfinden, zum anderen der Politikverdrossenheit ein Stück weit entgegen gewirkt und ein Beitrag zu einem demokratischen Miteinander geleistet werden.